

## PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftspolitik in Deutschland

# Mittel gegen die Investitionsschwäche

**Die deutsche Wirtschaft bleibt unter ihren Möglichkeiten – dies gilt vor allem für die Investitionen. Grund dafür ist insbesondere die hohe weltwirtschaftliche Unsicherheit, zeigt eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) unter rund 2.900 Unternehmen. Aber auch der wirtschaftspolitische Kurs der Bundesregierung bereitet Sorgen.**

Die meisten bislang beschlossenen Maßnahmen der Großen Koalition – beispielsweise die Frühverrentung, der Mindestlohn und die strengere Regulierung der Zeitarbeit – haben die unternehmerischen und damit die investiven Rahmenbedingungen in Deutschland verschlechtert. Dies schafft zusätzliche Kosten für die Unternehmen und hemmt bei 48 Prozent von ihnen die Investitionsfreude. Weitere Schwierigkeiten bereiten den Firmen laut IW-Umfrage die hohen Arbeitskosten (46 Prozent) und die wuchernde Bürokratie (43 Prozent).

„Die zögerliche Investitionstätigkeit ist auch eine Konsequenz daraus, dass die Standortpolitik in Deutschland oftmals ungenügend und unzuverlässig ist. Bei veränderter Kulisse globaler Risiken ist das umso bedeutsamer“, sagt IW-Direktor Michael Hüther. Er sieht die Politik und die Tarifpartner in der Pflicht. Konkret gibt das IW Köln drei Empfehlungen:

- Weil Deutschland in Sachen Energie- und Arbeitskosten ein Hochkostenland ist, muss die Große Koalition Sonderbelastungen wie die EEG-Umlage und die kalte Progression reduzieren. Zudem müssen die Tarifpartner bei der Lohnfindung mit Augenmaß vorgehen.
- Es gilt Bürokratie abzubauen. Ein erster Schritt: Für jede neue bürokratische Regelung sollte eine wirkungsgleiche andere gestrichen werden.
- Die Bundesregierung sollte die Grundlagen für künftiges Wachstum schaffen, indem sie die Infrastruktur ausbaut, effektive Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel beschließt und ihren Teil dazu beiträgt, dass es zu einer erfolgreichen Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen Europa und den USA kommt.

Ansprechpartner im IW: **Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776**

# Der Wohlstand wird ausgebremst

**Investitionen.** Deutsche Unternehmen investieren seit einigen Jahren eher verhalten in neue Maschinen und Geräte. Das bremst das Produktivitätswachstum – und gefährdet damit mittelfristig den Wohlstand. Die Gründe für den Investitionsattentismus sind nicht nur weltpolitischer Natur, sondern vielfach hausgemacht.

Deutschland hat zweifellos ein Ausrüstungsproblem: Im Jahr 2012 sind die preisbereinigten Investitionen in neue Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und ganze Anlagen um 3 Prozent und im Jahr 2013 nochmals um 2,4 Prozent zurückgegangen. Klammert man die stark schwankenden Investitionen in Fahrzeuge aus, dann steht 2012 zwar noch mit einem kleinen Investitionsplus von 0,4 Prozent in den Büchern, dafür belief sich das Minus im Jahr darauf auf 2,7 Prozent.

Für 2014 ist bei den realen Ausrüstungen immerhin ein Zuwachs von rund 3 Prozent zu verzeichnen. Das Plus ist allerdings vor allem dem guten ersten Quartal im Jahr 2014 zu verdanken. Anschließend gaben

die Ausrüstungsinvestitionen wieder merklich nach.

Auch die Entwicklung des Kapitalstocks liefert ein Indiz dafür, dass die Unternehmen eher zurückhaltend investieren. Denn real, also nach Abzug der Teuerung, stagniert das Bruttoanlagevermögen in Maschinen und Geräten bereits seit dem Jahr 2008 (Grafik). Das ist die längste Phase ohne einen Kapitalaufbau seit 1991 – nur im Zeitraum von 2002 bis 2005 war eine ähnliche Situation zu beobachten.

Warum aber stocken die Unternehmen ihr Sachkapital nicht weiter auf? Eine Befragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) von 2.900 Unternehmen im Herbst 2014 hat versucht, diese Frage zu

beantworten. Demnach leiden die Investitionen vor allem unter den großen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten (Grafik Seite 5):

- Niemand weiß, wie der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ausgeht.
- Das Wachstum in den großen und mittlerweile auch ökonomisch gewichtigen Schwellenländern schwächt. Wann sich diese Länder über strukturelle Anpassungen wieder nach oben arbeiten, lässt sich nicht vorhersagen.

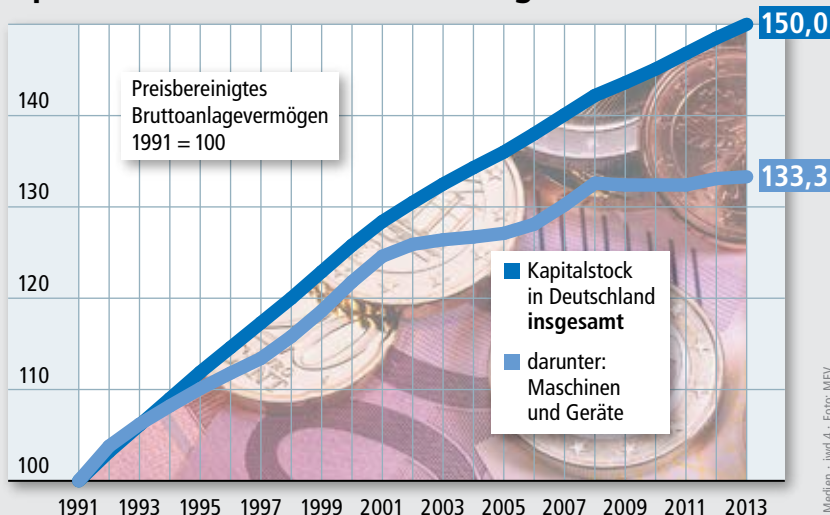
In China zum Beispiel sorgt seit geraumer Zeit in hohem Maße der Staat für Wachstum. Ganze Städte wurden im wahrsten Sinne des Wortes in den Sand gesetzt sowie Straßen und Bahnlinien neu oder ausgebaut. Und die Exportwirtschaft profitierte von Wechselkursmanipulationen.

Jetzt geht es auf diesem Weg aber nicht mehr weiter, denn der Bedarf an neuen Wohnungen und Verkehrswegen ebbt ab und die chinesischen Unternehmen müssen sich zunehmend dem Wettbewerb stellen. Das geht allerdings nur über Innovationen, die die Wirtschaft wieder in Schwung bringen.

Damit würden sich auch die Perspektiven der deutschen Exportwirtschaft verbessern – mit positiven Rückwirkungen auf deren Investitionsneigung.

- Wie es in der Eurozone weitergeht, ist ebenfalls schwer zu sagen. Insbesondere die anhaltende Schwäche von großen Volkswirtschaften wie Frankreich und Italien blockiert Investitionen – denn nach wie vor sind diese Länder sehr große Absatz-

## Gespaltene Investitionsentwicklung



Kapitalstock insgesamt: einschließlich Maschinen, Geräten, Fahrzeugen, Bauten, Software, Forschung und Entwicklung etc.; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 4 - Foto: MEV

märkte für die deutschen Exportunternehmen. Hinzu kommt:

**Die zögerlichen Strukturreformen in vielen Euroländern erhöhen die Gefahr einer langen Phase schwachen Wachstums – das dämpft die Investitionsneigung der deutschen Unternehmen zusätzlich.**

Die investiven Rahmenbedingungen haben sich aber auch in Deutschland selbst verschlechtert. Für die Hälfte der befragten Firmen zählen dazu vor allem die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten. Die Frühverrentung, der Mindestlohn mit seinen umfangreichen Dokumentationspflichten und die geplante strengere Regulierung der Zeitarbeit schaffen ebenfalls zusätzliche Kosten für die Unternehmen – und verringern deren Investitionserträge.

Konkret fühlt sich fast die Hälfte der Firmen bei ihren Investitionen durch das Arbeitsrecht ausgebremst. Ausufernde Genehmigungsverfahren und hohe Unternehmenssteuern sind für 43 beziehungsweise 35 Prozent der Unternehmen Investitionshürden.

Bevor sich die Politik also an teuren Investitionsprogrammen verabsagt, sollte sie sich bemühen, die Angebotsbedingungen für Unternehmen in Deutschland wieder zu verbessern. Dies fördert die Investitionsanreize und stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – und hilft über die engen europäischen Wertschöpfungsketten auch Deutschlands Partnerländern in Europa.

Das IW Köln empfiehlt den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen

## Investitionshürden in Deutschland

So viel Prozent der Unternehmen halten diese Faktoren für starke Investitionshemmnisse



Quelle: IW-Befragung von 2.525 Unternehmen in Westdeutschland und 392 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2014

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 4 - Foto: MEV

deshalb, Reformen auf drei Ebenen anzugehen:

**1. Kosten in den Griff bekommen.** Deutschland ist ein Hochkostensland. Das gilt nicht nur für die Arbeitskosten (vgl. iwD 3/2015), sondern auch für Energie. Allein die deutsche EEG-Umlage ist höher als der Industriestrompreis in den USA. Eine Reduktion dieser Sonderbelastung ist ebenso notwendig wie mehr Planungssicherheit für energieintensive Unternehmen.

**2. Flexibilität erhalten.** Die Politik muss ihr Versprechen einlösen, Bürokratie und Vorschriften abzubauen. So könnte zum Beispiel für jede neue bürokratische Regelung eine andere gestrichen werden.

**3. Grundlagen für künftiges Wachstum schaffen.** Die Infrastruk-

tur in Deutschland ist noch gut und soll es bleiben. Deshalb muss beständig und effektiv in Straßen und Schienen investiert werden – nicht nur im Rahmen von Hauruck-Programmen. Zudem muss das Breitbandnetz ausgebaut werden. Die Mittel für eine ordentliche Infrastruktur sind da – die Politik muss Prioritäten setzen. Einen Grund für Steuererhöhungen gibt es nicht.

Fortsetzen müssen Regierung und Unternehmen auch ihre Anstrengungen in Sachen Qualifizierung. Denn ein wachsender Mangel an Fachkräften kann sich zu einem ausgemachten Investitionshindernis entwickeln. Besonders wichtig sind die duale Berufsausbildung und die Hochschulausbildung vor allem in den sogenannten MINT-Berufen.